

Werte-Kompass für ein besseres EUROPA

1. Die vollparlamentarische Europäische Union zu verwirklichen, ist und bleibt das wichtigste politische Ziel in diesem Jahrhundert.
2. Dazu gehört eine Rechtsgemeinschaft mit einer Europäischen Verfassung.
3. Das Europäische Vertragswerk muss angesichts der faktischen rechtlichen Aushöhlung neu verhandelt werden.
4. Subsidiarität muss sich in einer Neuverteilung der Kompetenzen zugunsten der Mitgliedstaaten ausdrücken.
5. Die Vielfalt in Europa muss endlich als Vorteil erkannt werden.
6. Entsprechend muss die Europäische Union ein wesentlich größeres Maß an Flexibilität zulassen und selber institutionell aufweisen.
7. In einer global vernetzten multipolaren Welt ist das Bestreben, Europa durch mehr Zentralismus und Dirigismus zu einen, ein antiquiertes Konzept des vergangenen Jahrhunderts.
8. Die Europäische Union muss sich ihrer unbestrittenen Erfolge, wie der Umsetzung und der Kontrolle des Binnenmarktes, besinnen und sich auf diese Stärke konzentrieren.
9. Die EU-Kommission muss Vielfalt organisieren und nicht zwanghaft Einheitlichkeit konstruieren.
10. Europa muss weiterhin von der Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten für ihr politisches und insbesondere ihr haushalterisches Handeln geprägt sein.
11. Europa muss glaubhaft den Weg steigender Staatsverschuldung verlassen.
12. Über die Selbstverpflichtung hinaus ist hier die Entprivilegierung von Staatsverschuldung bei den Kapitalunterlegungspflichten von zentraler Bedeutung.
13. Die gegenseitige Abhängigkeit von Banken und Staaten muss aufgehoben werden.
14. Europa muss, angesichts seiner engen Verbindungen, eine Insolvenzordnung für seine Mitgliedstaaten erarbeiten. Die Haftung privater und öffentlicher Investoren muss hier an erster Stelle stehen.
15. Sowohl eine Teilnahme an der Europäischen Union als auch am Euro muss freiwillig sein. Der Austritt und der Ausschluss eines Landes aus beiden Systemen muss möglich sein.
16. Die Mitgliedschaft in der Euro-Zone muss wesentlich stärker am Status der Wettbewerbsfähigkeit der Länder ausgerichtet werden.
17. Die Europäische Geldpolitik hat nicht die Aufgabe, divergente Volkswirtschaften durch die Klammer der gemeinsamen Währung zusammenzuhalten.
18. Das Mandat der Europäischen Zentralbank muss unmissverständlich auf die Erhaltung der Preisstabilität reduziert werden.

19. Interventionen der Europäischen Zentralbank, die die freie Zinspreisbildung für Staatsanleihen unterbinden, müssen ausgeschlossen werden.
20. Die Monetisierung von Staatsschulden durch den Kauf von Staatstiteln muss der EZB unmissverständlich verboten werden.
21. Die Stimmengewichtung im EZB-Rat muss an die Haftungsanteile gekoppelt werden und die Abstimmungsverfahren mit Sperrminoritäten für die Hauptanteilseigner versehen werden.
22. Banken und Finanzinstitutionen sind zu verkleinern und ordnungspolitisch zu regulieren, eine strenge Aufsicht ist notwendig.
23. Bei der Bankenunion ist eine weitere Vergemeinschaftung der Schulden zu verhindern.
24. Eine direkte Rekapitalisierung der Banken durch die Steuermittel der Rettungsschirme muss verhindert werden. Eine höhere eigene Eigenkapitalbildung ist notwendig.

Basierend auf diesen Überzeugungen gründete er am 5.6.2014 das Steinbeis-Institut Europa der Marktwirtschaften (IEM): www.steinbeis-institutEUROPA.de

München, den 20.01.2015

Stephan Werhahn